

Parlamentarischer Vorstoss

2026/3188

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Schutzmechanismen gegen jugendgefährdenden KI-generierten Inhalt
Urheber/in:	Tim Hagmann
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	29. Januar 2026
Dringlichkeit:	—

KI-generiertes Material wird zunehmend zum Problem. Im Zentrum der aktuellen Kritik steht insbesondere das Sprachmodell «Grok» von xAI. Nach massiver Kritik reagierte das Unternehmen. xAI und dessen Führungsebene versicherten am 14. Januar öffentlich, man habe die Sicherheitsvorkehrungen drastisch verschärft. Es wurde betont, dass neue «Safety Guidelines» und technische Filter implementiert seien, die insbesondere die Erstellung von Deepfakes und jugendgefährdenden KI-Inhalten verhindern würden. Die Rede ist von robusten «Guardrails», die Missbrauch unmöglich machen sollten.

Der Wahrheitsgehalt dieser Aussage lässt sich leicht verifizieren. Mit der kostenlosen, frei zugänglichen Version von «Grok», welche auch für Jugendliche im Kanton hürdenfrei erreichbar ist, war es am 20. Januar 2026 möglich KI-generierten Text zu erzeugen, der als jugendgefährdend einzustufen ist. Es war kein technisches Spezialwissen nötig. (Im Anschluss an den Test wurde eine detaillierte Meldung an Fedpol gemacht.)

Dieses belegt die Gefahr für den Jugendschutz in unserem Kanton. Zwar liegt die Gesetzgebung beim Bund, doch der Kanton kann im Vollzug, in der Strafverfolgung und vor allem in der Prävention entscheidende Akzente setzen, um die Bevölkerung vor den Folgen dieser lückenhaften Sicherheitsmechanismen zu schützen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Hebel hat der Kanton Basel-Landschaft (z.B. im Polizeigesetz, Jugendschutz), um gegen die Verbreitung solcher Inhalte oder die Nutzung dieser Tools in der Gesellschaft oder an Schulen vorzugehen?
2. Sind die Strafverfolgungsbehörden technisch so ausgestattet, dass sie bei Delikten mit KI-Tools eine realistische Chance auf Ermittlungserfolg haben?

3. Die Verfolgung dieser Delikte ist personalintensiv. Stehen der Polizei und Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft genug Personen zu deren Bekämpfung zur Verfügung?
4. Wie reagiert die Bildungsdirektion auf die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler Zugang zu unzensierten KI-Inhalten haben? Gibt es spezifische Konzepte zur Prävention von «Deepfakes» unter Jugendlichen?